



B90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Drucksache Nr.: 10276-07-E2

An den Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaftsförderung

20.05.2008

Gemeins. Zusatz-/Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		2.1.1
Gremium:		Beratungstermin:
Ausschuss für Wirtschaftsförderung		21.05.2008
Ausschuss für Wirtschaftsforderung		21.03.2006

Tagesordnungspunkt

Strategische Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung Dortmund; Themen und Arbeitsfelder 2008-2018

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund und B90/DIE GRÜNEN bitten um Beratung und Beschlussfassung des folgenden Antrages:

Kommunale Wirtschaftsförderung dient der Stärkung des Gemeinwohls und muss dazu beitragen, dass wirtschaftliche Entwicklung in Dortmund mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung des ökologischen Systems sowie sozialer Gerechtigkeit und Stabilität verknüpft wird. Aus dem "Bericht zur sozialen Lage" ergeben sich auch für die Wirtschaftsförderung deutliche Schlussfolgerungen, um eine Angleichung der Lebensverhältnisse in der Gesamtstadt zu erreichen.

Im Einzelnen bemüht sich die Wirtschaftsförderung in Zukunft insbesondere um folgende neue Initiativen:

1. Bündnis für Gute Arbeit schaffen

Dortmund soll ein Bündnis für Gute Arbeit schaffen und sich damit als Stadt der fairen Beschäftigung profilieren. Die Wirtschaftsförderung soll dazu ein Netzwerk der zentralen Akteure der Wirtschaft (IHK, Kammern, Gewerkschaften, Forschungsinstitute etc.) zusammenzuführen.

Für die stadteigenen Unternehmen und Konzerne sind Standards fairer Beschäftigung zu entwickeln. Gleiches gilt für die Vergabepraxis der Stadt als Auftraggeber. Beim Wirtschaftsförderungspreis der Stadt sollen diese Standards Entscheidungskriterium werden. In diesem Zusammenhang soll die Wirtschaftsförderung auch den

neu eingeführten Betriebsauftrag für die Schaffung einer "Familienbewussten Arbeitswelt" ausarbeiten und mit Inhalten sowie Projekten füllen.

2. Menschen und Unternehmen am Standort Dortmund halten

Mit der Technischen Universität Dortmund und dem Technologiepark verfügt die Stadt über gute Voraussetzungen, den Strukturwandel weiter voran zu treiben. Anstatt auf den "großen Investor von außen" zu warten, sollten intensive Anstrengungen unternommen werden, die Abgängerinnen und Abgänger der Hochschulen in Dortmund dazu zu bewegen, ihre berufliche in Entwicklung in Dortmund zu starten und fortzusetzen – entweder als Beschäftigte in der Region oder als Gründerinnen und Gründer neuer Unternehmen.

Zudem gibt es in Dortmund viele Menschen, die eine Ausbildung abgeschlossen haben, die in Deutschland nicht anerkannt wird. Deshalb sollte die Wirtschaftsförderung gemeinsam mit der Agentur für Arbeit ein Programm entwickeln, wie die im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen gezielt nutzbar gemacht werden können. Der Wirtschaftsstandort Dortmund als Teil des Ruhrgebiets kann nicht losgelöst von den Nachbarstädten betrachtet werden. Zumindest bei mittleren und größeren Standortentscheidungen ist nicht nur der kommunale, sondern immer auch der regionale Arbeitsmarkt betroffen. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, Unternehmen mit Verlagerungsabsichten zumindest in dieser Arbeitsmarktregion zu halten.

Die Standortkonkurrenzen innerhalb der Region müssen abgebaut und gemeinsam der Standortwettbewerb mit Wirtschaftsmetropolen wie München, Stuttgart, Frankfurt, Hannover, Berlin und Hamburg aufgenommen werden. Dortmund und das Ruhrgebiet brauchen sich hierbei nicht zu verstecken.

3. Unternehmen mit Migrationshintergrund fördern

In den 13 Aktionsräumen brauchen wir eine Stärkung der lokalen Ökonomie – etwa in Form eines speziellen "Nordstadtprogramms" – und gezielte Beratungsdienstleistungen für Unternehmen. Das Dienstleistungszentrum Wirtschaft soll in allen 13 Aktionsräumen mit Ansprechpartnern vertreten sein. Darüber hinaus muss sich das Dienstleistungszentrum Wirtschaft mit Fachkräften ausstatten, die solche Unternehmen auch in der Muttersprache beraten können. Sprachbarrieren zur Verwaltung sind abzuhauen

Unternehmer/innen aus den sogenannten Sozialräumen selbst stellen ihrerseits ein bislang noch nicht ausgeschöpftes Potenzial an Ausbildungsbetrieben dar, dessen Erschließung die Wirtschaftsförderung gemeinsam mit den Kammern vorantreiben sollte. Hierzu müssen die Möglichkeiten von Wirtschaftsförderung und Stadt z. B. in der Vergabepraxis intensiviert werden.

4. Ökologische Ökonomie stärken

Die Wirtschaftsförderung sollte die vielfältigen Ansätze zur ökologischen Stadtentwicklung positiv begleiten und durch gezielt darauf ausgerichtete Marketingstrategien für ein günstiges Innovationsmilieu sorgen. Aus dem Label "Hauptstadt des Fairen Handels" wird im Hinblick auf die Stärkung der wirtschaftlichen Potenziale zu wenig gemacht. Für ein ökologisches Dortmund ist ein Markenzeichen zu entwickeln. Ergänzend muss die Wirtschaftsförderung eine Adressdatei von spezialisierten Beratungsunternehmen aufbauen. Für die Unternehmen in Dortmund müssen Effizienz-

technologien und das notwendige Spezialwissen nutzbar gemacht werden. Hierbei kann auf die mehrjährigen Erfahrungen aus dem Landesprogramm zum Ökoprofit aufgebaut werden.

5. Interkommunale Kooperation verbessern

Mit den angrenzenden Nachbarstädten und -kreisen ist in Anlehnung an das "Regionale Einzelhandelskonzept" ein "Regionales Gewerbe- und Industrieflächenkonzept" zu erarbeiten. Hierzu gehört auch eine Ermittlung von "Wärmeinseln", damit Unternehmen mit einer hohen Energienachfrage aus Gründen der Energieeffizienz im Umfeld von Wärmeproduzenten ein Standort angeboten werden kann. Für "großflächige" An- und Umsiedlungsvorhaben müssen interkommunale Gewerbeflächen ausgewiesen werden (Beispiel Gneisenau). Die Aufteilung des Aufkommens aus der Gewerbesteuer und die Verteilung der Vorlauf- und Erschließungskosten werden dabei vertraglich vereinbart. Hierzu gibt es bereits eine Vielzahl Praxisbeispiele aus anderen Ruhrgebietskommunen.

Mit freundlichen Grüßen SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund gez. Heiner Ollech

B90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund gez. Ingrid Reuter

F.d.R. Dr. Andreas Paust

F.d.R. Petra Kesper